

Ernst Müller-Hermann

Abschrift

Gedanken zur internationalen Lage im Hinblick  
auf das Problem einer Wiedervereinigung Deutschlands.

Wer auf die Politik der letzten Jahre in Deutschland zurück-schaut, müsste mit Blindheit geschlagen oder von schlechtem Willen beseelt sein, wenn er nicht anerkennen wollte, daß die Bundesrepublik ein erstaunliches Stück vorwärtsgekommen ist sowohl in der Kon-solidierung nach innen als auch in der Stärkung der deutschen Po-sition nach aussen. Er müsste ebenso anerkennen, daß diese Entwick-lung nicht das mehr oder minder zufällige Ergebnis glücklicher Um-stände ist, sondern ein Erfolg des Aufbauwillens des deutschen Vol-kes und vor allem der geschickten Politik des Bundeskanzlers und seiner Regierung.

Das sich aus dieser Würdigung des Kanzlers ergebende Ver-trauen zu seiner politischen Führung enthebt jedoch auch seine eng-sten politischen Freunde nicht der Verpflichtung, die gegen den offiziellen politischen Kurs auftretenden Bedenken und Einwände sorgfältig und gewissenhaft zu prüfen. Abweichende Auffassungen müssen sachlich gegeneinander abgewogen werden. Die bevorstehende Bundestagswahl gibt ausserdem Anlaß zu dem Versuch, die psycholo-gischen Hemmnisse, die sich in der Wählerschaft gegen die Bundes-politik bemerkbar machen, so weit wie möglich zu verringern und eine Plattform zu finden, auf der ein neuer Bundestag möglichst auf verbreiterter parlamentarischer Basis den aussenpolitischen Kurs der jetzigen Bundesregierung fortsetzen kann.

Die Politik der Bundesrepublik - und das Gefühl dafür in der deutschen Öffentlichen Meinung ist erstaunlich stark - ist nicht nur verantwortlich für das Wohlergehen, die Sicherheit und die Freiheit ihrer 40 Millionen Bürger, sie trägt die Mitverant-wortung für das Wohlergehen, die Sicherheit und die Freiheit der 18 Millionen in der Ostzone lebenden Deutschen, wie es oft genug feierlichst proklamiert wurde. Es wird keine Meinungsverschieden-heit darüber geben, daß wir diese Verantwortung nicht leicht nehmen dürfen. Wir werden daher auch unser Gewissen nicht mit dem Hinweis zu beruhigen vermögen, daß im Augenblick leider nichts zu machen sei, als die Bevölkerung der Ostzone zum Durchhalten bis zur Be-freiung zu ermutigen.

So werden wir uns auch bei den vor uns liegenden aussen-politischen Entscheidungen Rechenschaft darüber geben müssen, ob sie die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern in der Lage sind,

- 2 -

ob sie sie behindern, oder aber ob unabhängig von ihnen auf lange Zeit ohnehin keine Hoffnung besteht, die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit zu erreichen.

Auf jeden Fall aber zwingt die Verantwortung für die Millionen in der Ostzone, daß von der Bundesrepublik eine Politik betrieben wird, die mit aller nur denkbaren Intensität das Problem der Wiedervereinigung betreibt und immer wieder von sich aus die nötige Initiative in dieser Frage entfaltet. Denn wenn auch eine deutsche Wiedervereinigung nur durch eine Übereinkunft der vier Großmächte realisiert werden kann, d.h. von dem guten Willen aller Beteiligten abhängig ist, so dürfen wir uns wohl doch keinem Zweifel darüber hingeben, daß es keinen Anwalt dieser Wiedervereinigung außer uns Deutschen selber gibt.

Wir müssen uns deshalb deutscherseits Klarheit zu schaffen suchen über ein Konzept zur Wiedervereinigung Deutschlands, das sowohl den Notwendigkeiten, die wir als freie Menschen mit der Vorstellung von einem Gesamtdeutschland verknüpfen, als auch den Realitäten der politischen Situation Rechnung trägt. Wir können uns nicht mit der allgemeinen Erklärung der Westmächte zufrieden geben, daß sie die Wiedervereinigung Deutschlands auch als Ziel ihrer Politik betrachten, sondern müssen vor der Ratifizierung der Verträge, mit denen wir unser Schicksal mit dem der Westmächte aufs engste verbinden, Klarheit zu schaffen suchen über das Konzept der Westmächte von Gesamtdeutschland und über die Wege, die sie zur Realisierung dieses Konzepts gehen wollen. Dazu gehört ferner Klarheit über die Politik, die die Westmächte in Zukunft gegenüber dem Osten zu führen gedenken.

Die These, die Politik der Integration und der westlichen Stärke werde zwangsläufig zur deutschen Wiedervereinigung führen, ist m.E. unbewiesen und unbeweisbar. Gewiß ist die - vor allem militärische - Stärkung des Westens unbedingt vonnöten, um den aggressiven Plänen der Sowjets durch Verdeutlichung des Risikos, das sie eingehen würden, Einhalt zu gebieten. Aber, wenn wir den Krieg als Mittel, eine Revision des status quo zu erreichen, ablehnen: wer vermag im Ernst zu glauben, daß die militärische Stärke des Westens allein die Sowjets zu irgendeinem Zeitpunkt veranlassen könnte, eine Position aufzugeben, die sie gerade im Falle westlicher militärischer Überlegenheit als wichtiges strategisches Vorfeld ansehen müssten, und die sie nicht aufgeben könnten, ohne ihr gesamtes Satellitensystem zu erschüttern? Und wenn eine Schrift des

BdJ zur Propagierung der Vertragswerke sich zu der Sentenz versteigt: "Es ist abzusehen, wann Stalin die Besetzung Deutschlands als unnütz und schädlich für sich selbst erkennt und den Rückzug der Roten Armee hinter die Oder befiehlt, natürlich mit vielen propagandistischen Effekten", so geht das über mein Denkvermögen hinaus.

Ist man sich aber im klaren darüber, daß die militärische Stärke allein kein Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands ist, vielmehr Verhandlungen zwischen Ost und West dafür notwendig sind, dann muß man sich auch die Frage vorlegen: Unter welchen Umständen könnten die Sowjets bereit sein, eine Position aus der Hand zu geben? Daß sie eine Vorverlegung der politischen und vor allem der strategischen Position des Westens ohne weiteres hinnehmen oder gar anbieten werden, halte ich für eine absolute Illusion. Man kann sich daher m.E. auch nicht auf den Standpunkt stellen: Über einen Preis, den der Westen oder wir für die Wiedervereinigung zahlen müssten, diskutieren wir nicht; denn die Sowjets haben etwas herauszugeben, was sie sich widerrechtlich angeeignet und worauf sie keinen Anspruch haben. Ich glaube, wir leugnen einfach die Realitäten, wenn wir der Diskussion über einen Preis ausweichen. Wir müssen die Diskussion nur unter dem Gesichtspunkt führen: Welchen Preis kann der Westen und kann Deutschland zahlen, ohne sich selbst zu gefährden?

Wer Politik mit anderen Völkern treibt, wird immer versuchen, sich in die Lage eben dieser Völker und ihrer Führungen zu versetzen um die Impulse ihrer Politik und damit diese selbst richtig zu beurteilen zu können. Ich bin mir im klaren darüber, daß die Einstellung unserer Nachbarn zu Deutschland natürlicherweise entscheidend bestimmt wird von den Erfahrungen, die diese in der Vergangenheit mit uns gemacht haben. Die Kraft, der Fleiß und die Leistungsfähigkeit unseres 60-Millionen-Volkes, die zum Guten, <sup>aber</sup> auch leicht zum Schlechten genutzt werden kann, hat bei den Nachbarn und Konkurrenten ein Gefühl der Beklemmung geschaffen, das in ständigem Misstrauen seinen Ausdruck findet und in dem Streben, das Potential dieses Volkes, wenn es nicht ganz und nicht sicher den Intentionen und Interessen der betreffenden Nachbarn eingeordnet werden kann, zu schwächen und aufzuteilen.

Die Sowjets haben aus solchen Erwägungen heraus in Yalta und Potsdam die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen mit besonderem Nachdruck betrieben. Sie haben sich deutsches Terrain ausser den ohnehin abgetrennten Ostgebieten als Faustpfand gesichert. Sie haben mit einem Geschick die Sehnsucht des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung im gleichen Masse zu nutzen verstanden, in dem

- 4 -

sie eben diese Vereinigung zu hintertreiben wussten. Das Interesse der Sowjets an einer Wiedervereinigung Deutschlands und die Bereitschaft, sich mit dem Westen über ihre Modalitäten zu verständigen, setzten in dem Augenblick ein, als sie eine gegen sie gerichtete Verbindung des westdeutschen industriellen und militärischen Potentials mit dem amerikanischen befürchten mussten. Sie sahen darin eine grössere bzw. eine akutere Gefahr als die aus einer Wiedervereinigung Deutschlands.

Das scheint mir durchaus erklärlich, wenn man die Hintergründe der sowjetischen Politik zu ergründen trachtet. Ich glaube nicht, daß die sowjetische Politik ausschliesslich von aggressiven Tendenzen bestimmt wird. Dem aggressiven Ziel einer Ausdehnung der sowjetischen Macht mit den Mitteln der Weltrevolution und dem militärischen Druck auf nicht geschützte Räume läuft ein defensives auf Sicherung und Erhaltung des Besitzstandes parallel. Das Kennzeichen jeden totalitären Systems ist ein übersteigertes Misstrauen. Dies wird bei den Sowjets durch die doktrinären Vorstellungen von einer zwangsläufigen Aggressionspolitik des kapitalistischen Systems, das nach marxistischer Auffassung auf andere Weise seine wirtschaftlichen Probleme nicht zu meistern versteht, und durch die speziellen Erfahrungen mit dem Dritten Reich verstärkt. Die Sowjets dürften zu echten Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung bereit sein, wenn und solange sie eine gegen sie gerichtete Vereinigung des amerikanischen und deutschen Potentials befürchten müssen und solange sie hoffen können, durch Konzessionen ihrerseits die Gefahren zu beseitigen, die sie für sich aus dieser Allianz erwachsen sehen.

Hier liegt m.E. der Punkt, wo die Aussenpolitik der Westmächte Möglichkeiten besitzt, auch das spezielle deutsche Anliegen auf Wiedervereinigung zur Geltung zu bringen, sofern sie von deutscher Seite dazu gedrängt werden. (Eine Frage für sich ist, ob der dafür geeignete Zeitpunkt vielleicht schon vorbei ist). Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang zu sein, daß von deutscher Seite plamässig und mit grösstem Nachdruck darauf hingewiesen wird, daß die Wiedervereinigung Deutschlands, d.h. die Befreiung der Ostzone von dem politischen System des Ostens, nicht nur eine deutsche, sondern eine wirklich europäische Angelegenheit ist. Die Spaltung Deutschlands wird immer ein Unruheherd ersten Ranges bleiben, die Einwirkungsmöglichkeiten des Ostens auf Westeuropa aus dem ostzonalen Raum heraus können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Und es gibt keinen Zweifel, daß - je länger die Spaltung Deutschlands anhält - desto schwieriger, ja desto unmöglich eine Revision der im Osten inzwischen geschaffenen Fakten und eine Änderung in der Mentalität der Nachkriegsgeneration sein werden.

Es dürfte jedoch klar sein, daß Konzessionen der Sowjets nur erwartet werden können, wenn sie mit Konzessionen des Westens kompensiert werden. Die Abgrenzung eines Rahmens, innerhalb dessen Konzessionen auf westlicher Seite vorstellbar und verantwortbar wären, ist das, was bisher als "Alternativlösung" das grosse Fragezeichen geblieben ist. Der Umfang einer etwaigen sowjetischen Konzessionsbereitschaft liegt völlig im ungewissen. Die westliche Konzessionsbereitschaft könnte m.E. nur darauf gerichtet sein, den Angstkomplex der Sowjets vor einer Bedrohung ihrer Westgrenzen zu zerstreuen. Sie hat ihre Grenze dort, wo die Sicherheit Westeuropas gefährdet wird. Ganz gewiß gibt es heute kein fix und fertiges Rezept für eine Lösung, die sowohl den berechtigten Anliegen des Westens und Deutschlands auf Sicherheit vor einer sowjetischen Aggression als auch der Beruhigung der Sowjets im Hinblick auf etwaige aggressive Absichten des Westens Rechnung trägt. Gedanken wie eine internationale Garantie des deutschen Territoriums, die Aufstellung eines begrenzten deutschen Militärkontingents im Rahmen einer internationalen Organisation, die Ausschaltung Deutschlands als Aufmarschgebiet nichtdeutscher Militäreinheiten sind in der Diskussion über ein derartiges Thema bereits aufgetaucht. Man kann solche Gedanken nach verschiedenen Richtungen variieren, man muß sie präzisieren. Voraussetzung ist, daß man bei uns und bei den Westmächten zu einer gewissen Beweglichkeit in der Gestaltung des Paktsystems und vor allem in der Taktik bereit ist.

Gerade die Entwicklung der letzten Wochen scheint mir darau hinzu deuten, daß die Reaktion der Sowjets auf die Integration nicht unbedingt in dem Versuch liegen muß, gerade jetzt mit den Westmächten in eine Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung einzutreten. Die Sowjets dürften auch andere Möglichkeiten sehen, um die westliche Allianz zu bekämpfen und ihr Gewicht auszugleichen. Die Unstimmigkeiten im westlichen Lager, die innerpolitische Situation in Italien und Frankreich, dessen militärische Schwäche und die im EVG-Vertrag festgelegte Zahlenrelation zwischen französischen und deutschen Einheiten dürften bei den Sowjets die Überzeugung festigen, daß fürs erste die Vollbolschewisierung der Ostzone, für die die Verträge den geeigneten Vorwand abgeben und die konsequente und schnelle Nutzbarmachung des dortigen militärischen Potentials ein genügendes Äquivalent gegen die westlichen Massnahmen darstellen. Das aber würde bedeuten, daß die Sowjets sich mit der Anerkennung des status quo zufrieden geben, während sie alle Register ziehen werden, um die Schuld des Westens an dieser Entwicklung zu demonstrieren, und daß für sie die Beweggründe weg-

fallen, die ihnen noch vor einigen Monaten ein gewisses Einlenken in der Deutschlandfrage angeraten erscheinen ließ. Ich bin deshalb der Meinung, man sollte die Sowjets auf einer Viererkonferenz stellen, ohne deshalb die Massnahmen des Westens zuseiner Konsolidierung zu verzögern.

Frankreich ist zweifellos an einer Spaltung Deutschlands unmittelbar interessiert. Bei seiner eigenen relativen Schwäche und in dem Streben, sich eine gewisse Vormachtstellung in Europa zu sichern, wünscht es sogar ein in den Westen integriertes <sup>West</sup>Deutschland noch möglichst geschwächt zu sehen. Es sieht daher bereits in einer möglichen Vereinigung des Saargebiets mit dem Potential der Bundesrepublik eine Bedrohung seiner eigenen Position. Ich vermag nicht zu glauben, daß dieses Frankreich in absehbarer Zeit zu einer Vereinigung der Bundesrepublik mit der Ostzone seine Zustimmung geben würde, wenn wir ihm jetzt mit den Verträgen ein Vetorecht in der Wiedervereinigungsfrage einräumen, ohne zuvor die im Deutschlandvertrag von den Westmächten übernommene Verpflichtung auf eine Wiedervereinigung Deutschlands hinzuwirken und die Wege zur Erreichung dieses Ziels präzisiert zu haben.

Es dürfte für Deutschland leichter sein, Frankreich in der Saarfrage Konzessionen zu machen als in der Frage der Wiedervereinigung. Das Saarproblem muß bei einer echten Europäisierung ohnehin an Bedeutung verlieren. Bei der Ostzone aber handelt es sich um ein Gebiet, das wir mit seiner Bevölkerung Europa erhalten wollen. Leider spricht eine Reihe von Vermutungen dafür, daß sich Frankreich und Moskau - ohne alle Rücksicht auf europäische Notwendigkeiten - stillschweigend auf der Basis einer Aufrechterhaltung des status quo in Mitteleuropa verständigen.

Die Abhängigkeit Westeuropas und der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten ist zu offensichtlich, als daß darüber viele Worte verloren zu werden brauchen. Wenn Westeuropa seine Freiheit aufrechterhalten und eine Sicherung vor aggressiven Tendenzen des Ostens haben will, dann müssen auch wir Deutsche zu dieser Sicherung unseren Teil beitragen und uns bemühen, das Interesse der USA an Europa wach zu halten. Das kann aber m.E. nicht bedeuten, daß wir nicht versuchen, auch unsere speziellen deutschen Interessen in einer Form zur Geltung zu bringen, die zu den amerikanischen nicht in Widerspruch steht. Gerade aber weil unsere eigene Existenz so unmittelbar mit den USA verknüpft ist, können wir, glaube ich, nicht auf ein gewisses Recht auf Kritik an der amerikanischen Politik verzichten.

Die heutige internationale Situation ist die Folge des vom Dritten Reich begonnenen Weltkrieges, aber auch der Fehler, die

der Westen und vornehmlich die USA in zu grosser Vertrauensseligkeit gegenüber den Sowjets gemacht haben. Die Erfahrungen nach 1945 rechtfertigen kaum den Optimismus, daß die USA, denen heute die Führungsaufgabe im Westen zufällt, aus den Fehlern gelernt hätten. Ihre Politik, deren Triebfedern ein Gemisch aus Idealismus, Machtstreben und Geschäftsgeist sind, scheint mir heute in vielen Fällen den Sowjets direkt in die Hände zu arbeiten. Ich denke an die Behandlung Chinas und an die von den USA protegierte abrupte Auflösung bestehender Ordnungen in den kolonialen Bereichen der Welt. Die aus Doktrinäre grenzende Starrheit der amerikanischen Politik ist der Wendigkeit und auf lange Sicht arbeitenden Taktik der Sowjets nicht immer gewachsen.

Die Anschauung, daß das sowjetische Problem nur mit den Mitteln der militärischen Macht, letzten Endes durch Krieg, gelöst werden kann, ist eine ausserordentliche Gefahr, nicht nur für die Existenz Westeuropas, sondern für den Fortbestand westlicher Lebensauffassung überhaupt. Die militärische Macht vermag heute nur eine beschränkte defensive Aufgabe zu erfüllen. Diese Aufgabe ist wichtig genug. Die Überwindung der sowjetischen Bedrohung bleibt aber nach wie vor in erster Linie eine geistige, politische, soziale Aufgabe, zu deren Erfüllung die USA trotz ihres gewaltigen Machtspotentials nur mit Hilfe der geistigen Energien in der Lage sein werden, die heute noch in Europa, speziell in seinen christlichen Kräften, lebendig sind.

In den Vereinigten Staaten bahnt sich eine Verlagerung des aussenpolitischen Schwergewichts von Europa nach dem asiatischen und nahöstlichen Raum an. Erst nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und der Bildung einer handlungsfähigen Regierung wird sich klarer übersehen lassen, welchen aussenpolitischen Kurs die USA in Zukunft zu steuern beabsichtigen, und zu welchen Maßnahmen sie in Bezug auf Europa und in Bezug auf das deutsche Problem bereit sind. Die Entscheidung über Krieg und Frieden wird weitgehend bei dem neuen amerikanischen Präsidenten liegen. Wir selbst aber verknüpfen unser Schicksal mit dieser Entscheidung. Mir scheint daher eine Ratifizierung der Verträge erst nach den Präsidentschaftswahlen angebracht. Eine solche Verzögerung dürfte sich durch den Gang der Beratungen allerdings von selbst ergeben.

Die vorstehende Betrachtung der internationalen Situation erlaubt kaum einen Optimismus hinsichtlich unseres deutschen Anliegens auf Wiedervereinigung. Die Verpflichtung gegenüber den Deutschen in der Ostzone aber und die Sorge um die weitere weltpolitische Entwicklung zwingen uns zu dem Versuch, so will es mir scheinen, deutscherseits noch einen Vorstoß in der Deutschlandfrage

im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verträge zu unternehmen, d.h. bevor mit der Durchführung der Verträge eine Stabilisierung der europäischen Verhältnisse auf der Basis der Spaltung Deutschlands und zugleich eine Verschärfung der internationalen Spannungen eintreten.

Zwar ist gegenüber dem Erfolg eines solchen Vorstosses äusserste Skepsis geboten, nicht weil keine Lösungsmöglichkeiten für das deutsche Problem und eine Beruhigung der internationalen Atmosphäre vorstellbar wären, sondern weil zumindest bei einem Teil der Großmächte ein Interesse daran nicht besteht. Trotzdem halte ich eine deutsche Initiative für notwendig, schon um der Bundesrepublik den geschichtlichen Vorwurf zu ersparen, nicht das letzte und äusserste im Hinblick auf die deutsche Einheit versucht zu haben. Denn es gibt keinen Zweifel, daß Frankreich mit den Verträgen in ihrer jetzigen Form eine wertvolle Handhabe erhält, auch in Zukunft die deutsche Wiedervereinigung zu verhindern, und daß man den Sowjets den geeigneten Vorwand liefert, um die restlose Einbeziehung der Ostzone in ihr Satellitensystem zu vollziehen. Die Schlußfolgerungen, die ich im folgenden aus der Betrachtung der internationalen Lage ziehe, erheben keinen Anspruch auf Ausschließlichkeit. Sie sind Anregungen, die im Rahmen einer Diskussion geklärt und geläutert werden mögen.

1. Die Bundesrepublik und auch ein Gesamtdeutschland gehören eindeutig zum Westen.

2. Jede aussenpolitische Entscheidung der Bundesrepublik muß mit den Westmächten, insbesondere mit den USA, abgestimmt werden.

3. Die Bundesrepublik muß zur Sicherung des Westens beitragen, um den Sowjets das Risiko, das sie bei Verfolgung aggressiver Tendenzen in Europa eingehen, möglichst deutlich vor Augen zu führen.

4. Eine Wiedervereinigung Deutschlands ist nur auf dem Wege über eine Viererkonferenz zu erreichen, für die die Sowjets offiziell ihre Bereitschaft ausgesprochen haben. Die Bundesrepublik muß das Zustandekommen einer Viererkonferenz fordern und unterstützen.

5. Das Zustandekommen der Viererkonferenz sollte nicht an Konditionen geknüpft werden, die die Preisgabe der Interessen einer der beteiligten Mächte von vornherein einschliessen. Die Viererkonferenz sollte daher zwei Probleme gleichwertig und gleichzeitig zur Diskussion stellen: a) die Abhaltung einwandfrei freier demokratischer Wahlen in Gesamtdeutschland, b) den politischen und militärischen Status Gesamtdeutschlands in einem Friedensvertrag.

6. Das Ausmaß etwaiger Konzessionsbereitschaft der Sowjets wird sich erst auf einer Viererkonferenz selbst feststellen lassen.

- 9 -

Es muß verhindert werden, daß eine Viererkonferenz von den Sowjets zu einer Verzögerungstaktik nach koreanischem Muster benutzt wird, d.h. daß eine Konsolidierung der westlichen und westdeutschen Verhältnisse verhindert wird, während der Osten seine politischen und militärischen Massnahmen, vor allem auch in der Ostzone, fortsetzt.

7. Aus diesem Grunde sollte in der Bundesrepublik die Ratifizierung der Verträge vorgenommen werden, sobald nur die Gewähr für das Zustandekommen einer Viererkonferenz gegeben ist. Dazu kommt, daß eine Viererkonferenz sich ohnehin bei der Schwierigkeit der Materie selbst beim besten Willen aller Beteiligten über einen längeren Zeitraum erstrecken würde. Geht man von der Überlegung aus, daß der Aufbau der EVG im jetzt vorgesehenen Rahmen gleichfalls einen längeren Zeitraum brauchen wird, um Tatsachen zu schaffen, die nur mit Schwierigkeiten wieder revidiert werden können, so bleibt damit ~~immer~~ immer noch ein genügender zeitlicher Spielraum, um in Verhandlungen mit dem Osten eventuell neue Voraussetzungen zu schaffen. Den Sowjets aber wird deutlich gemacht, daß eine Verzögerungstaktik zu keinem Erfolg führt.

8. Die Bundesrepublik sollte die Ratifizierung erst vornehmen, wenn über die zukünftige amerikanische Außenpolitik Klarheit besteht und wenn auch von dieser Seite die Gewähr für das Zustandekommen einer Viererkonferenz gegeben ist.

9. Vor der Ratifizierung der Verträge und vor einer Viererkonferenz muß die Bundesrepublik in einer Vereinbarung mit den Westmächten die von diesen im Deutschlandvertrag übernommene Bereitschaft zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und das Konzept zu ihrer Realisierung präzisieren. Dazu wird eine gemeinsame Prüfung der Frage notwendig sein, wie weit eine eventuell vorhandene Neigung der Sowjets, ihre Position in der Ostzone zu Gunsten einer Sicherung vor aggressiven Tendenzen aus einer Vereinigung des deutschen, westeuropäischen und amerikanischen Potentials aufzugeben, in Einklang gebracht werden kann mit dem Schutz Westeuropas und Deutschlands vor aggressiven Tendenzen des Ostens und dem Interesse an der Wiederherstellung eines freien demokratischen Gesamtdeutschlands.

10. Die Bundesrepublik muß die Zusicherung zu erhalten versuchen, daß sie während einer Viererkonferenz zumindest ständig konsultiert, nach Möglichkeit selbst an den Verhandlungstisch gebracht wird, und daß die der Bundesrepublik im Deutschlandvertrag eingeräumten Rechte in einer Vereinbarung der Westmächte mit den Sowjets nur mit Zustimmung der Bundesrepublik eingeschränkt oder aufgehoben werden.

- 10 -

11. Man sollte sich ferner überlegen, ob nicht als Gegen-gewicht gegen die in der Ostzone bereits in Durchführung befindlichen Massnahmen zum Aufbau und Ausbau einer ostzonalen "National-armee" und als Vorsichtsmassnahme gegen etwa von dieser ausgehenden Übergriffe die deutschen Grenzpolizeitruppen schnellstens erheblich verstärkt werden sollten. Diese selbst könnten je nach dem Ausgang einer Viererkonferenz später in die EVG überführt oder abgebaut werden.

12. Ich glaube, daß eine in dieser Richtung liegende Initiative der Bundesrepublik manche psychologischen Hemmnisse abbauen könnte, die heute in der deutschen öffentlichen Meinung in Erscheinung treten. Auch eine Annäherung der Standpunkte von Regierung und Opposition scheint mir auf dieser Basis eher als bisher möglich zu sein. Ich bin ferner der Meinung, daß es auch leichter sein wird, die für die Durchführung der Verträge wesentliche Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft zu erhalten, wenn eine Initiative der Bundesrepublik im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands und einen damit verbundenen Abbau der internationalen Spannungen erfolglos bleiben sollte.